

Krauß, Theodor, Grundzüge der electro-homöopathischen Thierheilkunde. II. Theil: Die Krankheiten des Pferdes und ihre Behandlung. 12°. Leipzig, Wilhelm Friedrich. *M* 1.—
 [Der 1. Theil erschien bereits 1892. — I u. II. *M* 1.80.]
 Krieger, Alb., Topographisches Wörterbuch des Grossherzogt. Baden. Hrsg. v. der bad. histor. Kommission. 5. u. 6. (Schluss-)Abtlg. gr. 8°. Heidelberg, C. Winter. *M* 10.—
 [Das Werk begann 1893 zu erscheinen. — Komplet: 6 Abtheilungen *M* 30.—]
 Kuhl, Jos., Geschichte der Stadt Jülich, insbesondere des früheren Gymnasiums zu Jülich. IV. (Schluß-)Tl. Mit dem Stadtbild v. J. Ch. Leopold (aufgenommen um 1730). gr. 8°. Jülich, J. Fischer. *M* 5.—
 [Der 1. Teil erschien 1891 u. d. Titel: Geschichte des früheren Gymnasiums zu Jülich, *M* 3.60; der 2. u. 3. Teil erschienen unter obigem Titel 1893 u. 1894 à *M* 5.— — Komplet: 4 Teile *M* 18.60.]
 Kühner, Raph., Ausführliche Grammatik der griechischen Sprache. 2. Tl.: Satzlehre. 3. Aufl. in 2 Bdn., in neuer Bearbeitg. besorgt v. Bernh. Gerth. 1. Bd. gr. 8°. Hannover, Hahn. *M* 12.—; geb. in Halbfrz. *M* 14.—
 [1. Tl. 1. Band. 1890. *M* 12.— — 1. Tl. 2. Bd. 1892. *M* 12.— — I u. II, 1 zusammen *M* 36.—, Einbde. in Halbfrz. à *M* 2.—.]
 Kukula, Rich. C., Die Mauriner Ausgabe des Augustinus. Ein Beitrag zur Geschichte der Literatur u. der Kirche im Zeitalter Ludwigs XIV. III. Thl. II. (Schluss.) [Aus: „Sitzungsber. d. k. Akad. d. Wiss.“] gr. 8°. Wien, C. Gerold's Sohn in Komm. *M* 1.80.
 [Theil I—III, 1 erschienen 1890—93 ebenda *M* 4.20. — Komplet *M* 6.—.]
 Kuntze, Otto, Revisio generum plantarum vascularum omnium atque cellularium multarum secundum leges nomenclaturae internationales, cum enumeratione plantarum exoticarum in itineribus mundi collectarum. Pars III, 2. Mit Erläuterungen. (texte en part français; partly English text, codex emendatus in 4 langues, l'italienne incluse). Leipzig, A. Felix in Komm. *M* 28.—
 [Pars I—III, 1 erschienen 1891—93 ebenda. — I—III, 1 u. 2 *M* 78.—.]
 (Schluß folgt.)

Meine Mitteilungen.

Vom Reichstage. Der Zeitungstarif in der Kommission. — In der Reichstagskommission für die Postgesetznovelle stand am 27. und 28. April der Zeitungstarif zur Beratung. Nach der Regierungsvorlage soll die Gebühr betragen a) 10 *§* für jede Bezugszeit ohne Rücksicht auf deren Dauer, b) 15 *§* jährlich für das wöchentliche einmalige oder seltenere Erscheinen, sowie 15 *§* jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche, c) 10 *§* jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts, mindestens 40 *§* jährlich für jede Zeitung. Die Abgeordneten Eichhoff und Müller-Sagan beantragten, dieser Fassung zuzustimmen, außerdem aber folgenden Zusatz: „Für jedes Erscheinen in der Woche wird 1 kg Freigewicht gewährt. Ferner soll die Vergütung für Selbstverpackung der Zeitungen auf 10 *§* (statt auf 5, wie die Vorlage vorschlägt) für je 100 verpackte Zeitungsnummern festgesetzt werden. — Abgeordneter Cahensky (C.) schlägt vor, 10 Prozent vom Abonnementspreise, 10 *§* jährlich für jedes wöchentliche Erscheinen und 5 *§* für jedes Kilogramm des Papiergewichts, das innerhalb eines Jahres das Normalgewicht überschreitet.

Abgeordneter Dr. Dertel-Sachsen (konf.) schlägt vor: 1) 20 Prozent des Abonnementspreises für wissenschaftliche und fachliche Monats- und Wochenchriften, die höchstens zweimal wöchentlich erscheinen, 2) für politische und andere öfter erscheinende Zeitungen a) 10 Prozent vom Abonnementspreis, b) 8 Pfennige jährlich für jedes wöchentliche Erscheinen, c) 8 Pfennige für jedes Kilogramm, das das Normalgewicht übersteigt. Das Normalgewicht soll 1 Kilogramm jährlich für jede wöchentliche Ausgabe betragen. Dr. Dertel meint, die Post müsse Entgegenkommen zeigen, wenn sie auf das Zustandekommen des Gesetzes rechne. Die jetzige Vorlage bedeute die schwerste Belastung der kleinen Provinzpresse und eine Entlastung der teuren, reichen, gut situierten Zeitungen. Darum sei die Vorlage unannehmbar. Erscheinungshäufigkeit und Gewicht müssen als Maßstab bei der Abgabe an die Post berücksichtigt werden, ebenso müsse der Bezugspreis maßgebend sein. Sein Vorschlag treffe nach genauester Berechnung die kleineren und kleinsten Blätter am wenigsten, dafür aber mehr die großen Annoncenblätter. Der Zweck seines Antrages sei, diejenigen zu belasten, die es tragen können. Die Mehreinnahmen der Post infolge seines Antrages betragen allerdings nur 100000 *M*, würden aber auf 400000 *M* steigen, wenn man die unpolitischen Wochen- und Monatsblätter beim seitherigen Tarife belasse, wie es der Buchhandel wünsche.

Abgeordneter Dr. Marcour (C.): Die Vorschläge des

Augustinus-Bereins seien für den Centrum-Antrag nur als Grundlage maßgebend gewesen, im einzelnen aber nicht befolgt worden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Post mehr Einnahmen habe, nur dürfe die mittlere und kleine politische Presse nicht belastet werden, wie es in der Regierungsvorlage geschehe. Es müsse ein Ausweg gesucht werden. Ein erwägenswerter Gedanke sei vielleicht die Einführung des Zonentarifs für die Zeitungsbeförderung. Das ergäbe etwa eine halbe Million Mehreinnahmen für die Post und trafe gerade die farblose billige Presse. — Abgeordneter Eichhoff (fr. Vp.): Die Regierungsvorlage sei im Prinzip gerechter als der seitherige Zustand, die ernsteren politischen Blätter würden durch die Vorlage gewinnen, das liege auch im Interesse der Journalistik. Bedauerlich sei, daß in der Vorlage auch das fiskalische Interesse maßgebend sei. Die Post solle eine Wohlfahrtseinrichtung sein und brauche nicht an jedem Artikel zu verdienen. Die Reichspost habe bereits 47 Millionen Ueberschuß und brauche nicht noch an den Zeitungen zu verdienen. Redner verteidigt schließlich seinen Antrag auf Gewährung von Freigewicht und höhere Vergütung für Selbstverpackung der Zeitungen.

Staatssekretär v. Podbielski: Darüber herrscht Uebereinstimmung, daß der seitherige Tarif nicht mehr der Gerechtigkeit entspricht, aber bei der Divergenz der Meinungen ist es sehr schwer, es allen recht zu machen. Die Neuregelung läßt sich nicht mehr verschieben, die Verhältnisse werden immer schlimmer. Amerika bietet ein warnendes Beispiel dafür, wohin ein falscher Zeitungstarif führt. Die Post kann keinen Unterschied machen zwischen politischen und unpolitischen Blättern, wie Dr. Dertel vorschlägt. Auf Abstriche unserer Forderungen sind wir immer gefaßt, aber es liegt doch thatsächlich ein Mißverhältnis vor zwischen den Lasten der Zeitungsbeförderung und der Beförderung anderer Artikel durch die Post. Die Post will nur für ihre Leistungen bezahlt werden. Der Ueberschuß von 47 Millionen verringert sich bei näherem Zusehen wesentlich. Die Besorgnisse der Papierindustrie gegenüber dem neuen Tarif seien stark übertrieben. Eine Gleichstellung der Zeitungen mit den Paketen sei unthunlich. Die Pakete gehen mit langsamen, die Zeitungen mit Schnellzügen. Die Belastung der Züge durch die Zeitungen, z. B. in Berlin, sei kolossal. Ein Zonentarif würde die Sache noch komplizierter und schwieriger machen.

Abgeordneter Diez (Soz.) steht der Vorlage ganz objektiv gegenüber, da die Arbeiterpresse durch Annahme des Gesetzes nicht geschädigt werde. Es empfehle sich vielleicht eine Kombination. Die Einschreibgebühr wäre zu streichen und zu ersetzen durch einen fünfprozentigen Satz vom Einkaufspreis. Ferner erscheine richtig, 10 *§* für das jedesmalige Erscheinen in der Woche und 10 *§* für jedes Kilogramm des Jahresgewichts mit 1 Kilo Freigewicht. Die Beilagegebühr sei beizubehalten. Die Verpackung sei Sache des Verlegers. — Abgeordneter Dasbach (C.): Die Selbstverpackung des Verlegers liege in dessen Interesse und im Interesse des Blattes, es könnten in letzter Minute noch wichtige Nachrichten gegeben werden. Redner empfiehlt den Zonentarif und schlägt vor, die ganze Frage der Zeitungsgebühr einer Subkommission zu überweisen, in der sich die Parteien leichter verständigen.

Direktor im Reichspostamt Krätke erklärt, daß die Postverwaltung, obgleich sie prinzipiell gegen die Erhebung eines Prozentsatzes vom Preise der Zeitungen sei, in diesem Punkte nachgeben würde, wenn die Mehrheit sich in diesem Sinne entscheide; nur müsse der Prozentsatz höher sein als die vorgeschlagenen Sätze. Die Post wolle beim Transport der Zeitungen nur auf ihre Kosten kommen, dazu müsse sie etwa eine Million mehr einnehmen als bisher. Die Entschädigung des Verlegers für das Verpacken der Blätter sei vorgeschlagen worden, um die Postbeförderung zu vereinfachen. Wenn die Post nur auf ihre Kosten komme, werde sie bereit sein, jedem Vorschlage zuzustimmen, um eine Verständigung herbeizuführen.

Abgeordneter Dr. Dertel ändert seinen Antrag nun dahin, daß er den Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Zeitungen fallen läßt. — Abgeordneter Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) erklärt sich gegen die Erhebung eines Prozentsatzes vom Abonnementspreis. Das würde nur zur Verschlechterung der Presse beitragen, und der Reichssäckel dürfe nicht in Anspruch genommen werden zu Liebesgaben an die Annoncenblätter. Die Erhebung eines Prozentsatzes vom Abonnementspreise sei dauernd unhaltbar. Der Zonentarif sei unmöglich.

Der Antrag Dasbach auf Einsetzung einer Subkommission wird darauf abgelehnt.

Die Beratungen wurden am Freitag den 28. d. M. fortgesetzt. Folgende fünf Vorschläge lagen vor:

- 1) Regierungsvorlage: 10 *§* feste Bezugsgebühr, 15 *§* jährlich für wöchentlich einmaliges Erscheinen, sowie 15 *§* für jede weitere Ausgabe und 10 *§* jährlich für jedes Kilogramm Jahresgewicht; ohne Freigewicht; jährlich mindestens 40 *§* pro Zeitung.
- 2) Freisinnige: wie Regierungsvorlage, aber Freigewicht

